



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

49 (30.1.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-213663](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-213663)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugpreise: In Mannheim und Umgebung vom 1. bis 20. Januar 1924: 40 Goldpf. Die monatliche Bezugspreispflicht ist zu entwerfen. Bei Abnahme der wöchentlichen Belegblätter monatlich 1,50 Goldpfennig. — Hauptredaktion: Mannheim, Postfach 17500. — Geschäftsstelle: Mannheim, Postfach 17500. — Fernsprecher: 7041, 7042, 7043, 7044, 7045, 7046, 7047, 7048, 7049, 7050, 7051, 7052, 7053, 7054, 7055, 7056, 7057, 7058, 7059, 7060, 7061, 7062, 7063, 7064, 7065, 7066, 7067, 7068, 7069, 7070, 7071, 7072, 7073, 7074, 7075, 7076, 7077, 7078, 7079, 7080, 7081, 7082, 7083, 7084, 7085, 7086, 7087, 7088, 7089, 7090, 7091, 7092, 7093, 7094, 7095, 7096, 7097, 7098, 7099, 7100.

Anzeigenpreis nach Tarif, bei Vorauszahlung pro einseitiger Zeile für 1000 Eindrücke 0,40 Goldpfennig. Bei Abnahme von 1000 Eindrücken 0,30 Goldpfennig. Bei Abnahme von 500 Eindrücken 0,20 Goldpfennig. Bei Abnahme von 250 Eindrücken 0,15 Goldpfennig. Bei Abnahme von 100 Eindrücken 0,10 Goldpfennig. Bei Abnahme von 50 Eindrücken 0,05 Goldpfennig. Bei Abnahme von 25 Eindrücken 0,03 Goldpfennig. Bei Abnahme von 10 Eindrücken 0,02 Goldpfennig. Bei Abnahme von 5 Eindrücken 0,01 Goldpfennig. Bei Abnahme von 1 Eindrücke 0,005 Goldpfennig.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die Wiederaufbaukandale

Der „Friedhof der Mißbräuche“

In der letzten Sessioassession der Kammer vertrat der Abgeordnete Denis einen Gesetzentwurf, der eine Revision aller Wiederaufbauentscheidungen von mehr als 500 000 Franken in den Mittelpunkt der Finanzreform stellt. Alle überprüfbar erlangten Summen sollen sofort der Staatstafel zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag Denis' verlangt die Abschaffung des Wiederaufbaugesetzes bis Ende 1923, die möglichst baldige Entlassung der überflüssigen Beamten des Wiederaufbauministeriums und dessen sofortige Fortführung der Verwaltung der Landwirtschaft. Die anschließende Debatte, an der sich der Wiederaufbauminister Reibel, Landauer und andere Abgeordnete aus den betroffenen Gebieten beteiligten, hatte in der Hauptsache die Mißbräuche bei der Behandlung der Wiederaufbauentscheidungen zum Gegenstand und über die Revisionsverfahren in den Hintergrund treten. Auch ein großer Teil der Nachmittagskassation war mit diesen Auseinandersetzungen ausgefüllt.

Die Unternehmungen des Ministeriums sind so vielfach gescheitert, daß die Unternehmung bei besserer Art und nötiger zu zahlreichen Neuverordnungen. Es könne also noch nicht arbeitslos darüber gesprochen werden. Er wolle jedoch sagen, daß das Ministerium für die betroffenen Gebiete sich bis jetzt bemüht habe, mit dem Untersuchungsamt zusammenzuarbeiten. Dieser habe an das Ministerium Briefe geschrieben, in denen die Übermittlung gewisser Aktenstücke verlangt wurde. Bis heute seien diese Briefe unbeantwortet geblieben. Der Abgeordnete Inabels beendete dann einen Antrag, die ausgesprochenen Schäden einer Revision zu unterziehen, indem er Beispiele führte, durch die noch keiner Milliarde öffentlicher Gelder akquiriert wurden. Er habe diese Beispiele schon vor mehreren Jahren auf der Kammertribüne angeführt, aber damals habe man keine Vorkehrungen abgesehen. Der sozialistische Abgeordnete Escoffier unterstützte den Antrag Inabels. Nach dem Ministerpräsidenten, der ausdrücklich erklärte, daß die Regierung die Grundzüge des Antrags annehme (der sich im wesentlichen mit demjenigen des Hrn. Denis deckt), erwiderte der Minister für die betroffenen Gebiete, Minister Reibel, das Wort, um die Tätigkeit seines Ministeriums zu verdeutlichen. Als er das Ministerium übernommen habe, seien bereits 40 Milliarden Schäden ausbezahlt worden. Man habe die gesamten Schäden auf 146 Milliarden geschätzt, aber angenommen, daß man nicht mehr als etwa 100 Milliarden ausbezahlen habe. Die endgültige Schätzung habe jedoch eine geringere Summe, nämlich 82 Milliarden ergeben. Das sei unter seinem Ministerium geschehen. Er habe also die Interessen des Staates gewahrt. Der Minister kündigte an, daß alle Dienststellen, die den Staat schädlich hätten, strafrechtlich verfolgt würden. Er führe eine Anzahl von Fällen auf, um zu beweisen, daß bereits Nachprüfungen über die ausbezahlten Schäden stattgefunden haben und daß schließlich in einzelnen auf einzelne von dem Abgeordneten Inabels vorgetragenen Fällen ein. Nach der Rede Reibels wurde die Berichterstattung der Steuer- und Finanzkommissionen auf Mittwoch vertagt.

Zur Ausländerfrage

Von Senator H. Beyhien, M. d. R.

Unser von übermäßigen Nachbarn bedrücktes und geschnittenes Volk findet begrifflichermaßen nur schwer den Weg zu der Erkenntnis, daß der pflichtgemäß behandelte Verkehr mit dem Auslande eine Lebensnotwendigkeit für unseren wirtschaftlichen Aufbau und daraus auch für unseren nationalen Aufstieg ist. Wir können gegen die ganze Welt im Kampfe, und wenn die Waage anderer Sprachen an unser Ohr dringen, dann sind nur wenige darunter, die auch im Kriege freundlich für uns klingen. Auf uns selbst gestellt, schließen wir uns innerlich gegen das Ausland ab; unter Gefühl wurde abgedreht durch den lässigen Einbruch, den in unserer politischen Geschichte ein gewisses Ausländerum ist uns herbeigeführt, und die Überzeugung gegen den „Ausländer“ gemeinhin war ein vorherrschender Grundzug deutscher Auffassung. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß eine verallgemeinernde Abneigung dieser Art unserm Lande und Volke die Zukunft verbauen könnte, weil wir zwangsläufig auf Weltwirtschaft angewiesen sind, denn Internationalität kann unsere 60 Millionen nicht ernähren. Nur durch einen mühevollen und klug genutzten Verkehr mit dem Auslande erwächst uns eine bessere Zeit. Der Reiseverkehr von Ausländern nach Deutschland, der beiden Volksteilen mittelbar oder unmittelbar Beschäftigung und Lebensunterhalt gibt, und dessen Erträge einen wichtigen Anteilsposten in der deutschen Zahlungsbilanz bilden, ist im letzten Jahre stetig und stark zurückgegangen. Berlin wies im Dezember 1913, also vor dem Kriege, eine Fremdenziffer von 18448 auf. Ungefähr dieselbe Zahl von Ausländern war im Dezember 1922 in Berlin anwesend, während die Frequenz im gleichen Monat des letzten Jahres gleich null war. Während 24114 Ausländer nach im Juli 1923 Berlin aufsuchten, sank der Besuch im November auf 3000, im Dezember völlig zu verschwinden. Auch in zahlreichen anderen Städten ist der Ausländerverkehr von Monat zu Monat geringer geworden. Dies erklärt sich einmal daraus, daß der Antriebe, nach Deutschland zu kommen, seinen dort billigen Lebenshaltung zu reinen, fortgeführten ist, indem allgemein die Goldmarkrechnung eingeführt wurde. Jetzt lebt der Ausländer hier vielfach teurer als in anderen Ländern. Aber abgesehen von dem Fortfall des politischen Antriebes sind es hauptsächlich zwei Gründe, welche die dauernde Wiederherstellung des normalen Ausländerverkehrs nach Deutschland verhindern. Aus der zu Anfang geschickten, dem Ausländerum an sich feindliche Stimmung und aus dem Streben, vom Ausländer einen Ausgleich für dessen in Deutschland sehr billige Lebenshaltung zu erzielen, hat eine Sonderbesteuerung eingeleitet, an der Reich, Staat und Gemeinde sich beteiligten. Insbesondere sind es die staatlichen und gemeindlichen Herbergssteuern auf den Aufenthalt, welche die Ausländer in Deutschland weit über die Preissteigerung und über die Preise anderer Reiseländer hinaus belastet haben. Neben einer ungewöhnlichen Reichsberbergssteuer auf die Hotelrechnung erheben die meisten Gemeinden besondere Umsatzzölle auf die Herbergssteuer in Höhe von 20-40 Prozent. Dabei wird die Reichsberbergssteuer auch noch von der Gemeindeberbergssteuer selbst erhoben, was einer weiteren Erhöhung der Reichssteuer um 2-4 Prozent gleichkommt. Die gesamte Belastung des Unlesers im Herbergssteuergesetze beträgt also infolge dieser Umsatzzölle zwischen 32-55 Prozent, und um diesen Betrag zu verteuern sich die Hotelpreise in Deutschland. Nun wird aber von dem Ausländer in vielen Städten nach einer besonderen Zulagelsteuer erhoben, und zwar in der doppelten Höhe der normalen Herbergssteuern. Der preussische Innenminister hat noch Anfang Dezember vorigen Jahres verordnet, daß eine Versteigerung der Herbergssteuern der Ausländer bis zum nächsten 1. Oktober der regelmäßigen Steuererhebung werden könne. Diese Sonderbesteuerung des Ausländers bei der Auslandsreise überaus ergiebig und intensio ausgeühten Stoff zur Agitation gegen den Verkehr nach Deutschland gegeben. Man muß insbesondere z. B. den Geschäftsmann des Amerikaners kennen, um zu verstehen, wie sehr er auf eine solche ungleichmäßige Behandlung reagiert. Neben dieser Sonderbelastung wirkt aber die Erhöhung der Einreise nach Deutschland außerordentlich hemmend auf den wünschenswerten Ausländerverkehr ein. Die verschiedenartige Handhabung der Einreisebestimmungen durch die einzelnen deutschen Länder und die Erhebung von Sondergebühren für den Aufenthalt der Ausländer in den einzelnen deutschen Staaten wirken überaus verzögernd. Die deutschen Einzelstaaten erheben für die Erteilung des sogenannten Ergänzungsovermerks Gebühren in Goldmark, die auf den Tag berechnet sind und in Sachsen sogar bis zu 3 Goldmark pro Tag gehen. Ganz abgesehen von den zur Erhebung gelangenden Gebühren durch die deutschen Auslandsvertretungen müssen diese staatlichen Sondersteuern den Ausländerverkehr nach Deutschland auf das Äußerste beeinträchtigen. Neben der Kostenfrage sind es gerade die „formalen Schwierigkeiten, die der Ausländer als unüberwindlich und „starr“ empfindet. Schon jetzt äußert sich diese Verzögerung in Bezug auf die dienstliche Fremdenpolizei, wie ich erlaube, in bezeichnender Weise. Während früher von ausländischen Reisebüros namentlich aus Amerika und England in dieser Zeit schon zahlreiche Anfragen und Bestellungen nach Deutschland kamen, ist zur Zeit die Nachfrage wie abgeschnitten. Aus den zu Anfang dieses Artikels dargelegten Gründen dürfte es dringend erforderlich sein, baldigt großzügige Maßnahmen, sowohl auf dem Gebiete des Reiseverkehrs als der Einreisebestimmungen, wie auch hinsichtlich der Fremdenpolizei zu ergreifen, um die dem wünschenswerten Ausländerverkehr bereitet Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Von anderen Ländern, so von Italien, der Schweiz, Frankreich und der Tschechoslowakei werden die stärksten Anstrengungen gemacht, um den Verkehr in diese Länder zu leiten. Deutschland wird, sofern es keine keine Praxis beibehält, vielfach für Jahre hinaus von dem Ausländerverkehr ausgeschlossen werden. Es ist zu hoffen, daß die insbesondere von der Leitung der Drohverlöße des deutschen Handels im auswärtigen Amt unterbreiteten Klagen baldigste Berücksichtigung finden.

Innerpreussische Schwierigkeiten

Der Kampf um die Grundsteuer

Berlin, 30. Jan. (Von unv. Berl. Büro.) Gestern nachmittag sollte in einer Sitzung des interfraktionellen Ausschusses eine Entscheidung der Parteien des Preussischen Landtags über die neuverabschiedete Grundsteuer herbeigeführt werden. Die preussische Regierung beharrt unbedingt auf Erledigung dieser Vorlage, da ohne diese Grundsteuer an die Aufstellung des Etats überhaupt gar nicht zu denken sei. Es ist nun über diese Angelegenheit zu ersten Differenzen innerhalb der preussischen Koalitionsparteien gekommen. Das Zentrum verhielt sich nämlich gegen die Steuer, die es als untragbar für die Landwirtschaft betrachtet, ablehnend. Die Deutsche Volkspartei aber hat schwere Bedenken, dem Gesetz zuzustimmen, wenn das Zentrum sich verweigert. Auch in der gestrigen Sitzung des interfraktionellen Ausschusses konnte kein Ausgleich gefunden werden. Man will nunmehr noch einen letzten Versuch der Einigung machen. Wie der „Vorwärts“ erfahren zu haben glaubt, hat inzwischen nach der Reichstanzler Marg seinen Einfluß auf seine Parteifreunde dafür eingesetzt, daß die Krise, die über die geplante Grundsteuer in Preußen ausgebrochen droht, vermieden werde. Finanzminister v. Richter der Deutschen Volkspartei antwortet, daß er nicht, auf so starke Abtritte, wie das Zentrum sie verlangt, nicht eingehen zu können, selbst auf die Gefahr hin, daß die Vorlage keine Mehrheit finde und eine Regierungskrise entfesse. Der gleichen Auffassung ist, wie die „Post“ jagt, vernimmt, das preussische Kabinett, das sich zwar zu mehreren Zugeständnissen auf die Forderungen des Zentrums eingelassen hat, im wesentlichen aber an der Vorlage festhält. Die Vorlage hat natürlich, auch wenn Zentrum und Deutschnationale gegen sie stimmen, eine Mehrheit. Immerhin müßte eine Ablehnung durch das Zentrum eine Regierungskrise bedeuten, die nicht ohne Rückwirkung auf das Reich bleiben könnte, das im gegenwärtigen Augenblick auch bei der Annahme der Sachverständigen in Berlin eine Erleichterung der Regierungsverhältnisse natürlich nicht brauchen kann. Aus allen diesen Gründen will man heute mittag im Hauptauschuß sich noch einmal ansprechen. Etwa um 3 Uhr soll dann die Plenarsitzung beginnen. Inzwischen hat ein Sturm der Landwirte

Der Druck der Besatzungslasten

Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei hat gestern eine sehr zahlreich besetzte Versammlung abgehalten, an der auch die Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Jarres teilnahmen. Dabei wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Besatzungslasten wendet. Der Druck an Rhein und Ruhr verleihe sich sozialistisch, die Disziplinarmiliz nähle zurzeit rund 176 000 Mann, dazu käme Hochaufmarsch und die Kosten der Eingartierung, die teilweise mehr als die Hälfte der Einwohner einer Stadt ausmachen. Wenn die vom Reich bezahlten Besatzungskosten vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1923 haben rund 340 Millionen Goldmark betragen. Weder das Reich noch das besetzte Gebiet könnten dauernd diese Kosten ausbringen. Dann heißt es weiter: Solange die Besatzung derartige Aufwendungen erfordert, ist eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage unmöglich. Durch diese Zustände wird eine Erbitterung in der Bevölkerung hervorgerufen, die in Jahrzehnten nicht weichen wird. Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei erwartet, daß die Reichsregierung den Sachverständigenausschuß auf diese Zustände aufmerksam macht und alles durchsetzen wird, um die deutsche Bevölkerung von diesen unproduktiven und erschöpfenden Ausgaben zu befreien.

Die Stellung des Reichsfinanzministers

Ein Berliner Blatt glaubte feststellen zu können, daß der Reichsfinanzminister seinen Standpunkt hinsichtlich der Frage der Belastungskosten vollkommen geändert habe und sich nunmehr energisch für die Weiterzahlung der Belastungskosten einsetze. Demgegenüber muß mit allem Nachdruck betont werden, daß der Reichsfinanzminister in Übereinstimmung mit dem ganzen Reichskabinett zwar gewillt ist, im Interesse der besetzten Gebiete alles zu tun, um die Bevölkerung dieser Gebiete nicht neuen Gebahren und Bedenken auszuweichen, daß er aber keine Möglichkeit sieht, wie dementsprechend die Mittel zur Bestreitung der Belastungskosten noch aufgebracht werden können.

Der Separatistenterror in der Pfalz

Die Separatisten wollten am Montag den Hrn. Willibald Hoffmann in Lauterecken unter der Anschuldigung verhaften, daß er habe an der bekannten Kundendemonstration gegen die Separatisten am letzten Dienstag teilgenommen. Hoffmann konnte sich seiner Verhaftung durch die Flucht entziehen. Als Repressalie haben die Separatisten seine Wohnung geplündert. Am 13. Januar hatten sich in Speyer einige junge Leute bei einer Familie zu einer Abendunterhaltung zusammengepfunden. Dabei soll auch das Deutschlandlied gesungen worden sein. Um 8 Uhr abends erschien französische Polizei und stellte die Besatzung der jungen Leute fest. Eine halbe Stunde später erschienen bewaffnete Separatisten und schleppten sie mit dem Gattiger, seiner Frau und den jüngeren Kindern (!) in das Amtsgerichtsgefängnis in Speyer. Schon unterwegs wurden die Verhafteten, darunter ein Schwerförmiger, mit Gummiknüppeln schwer mißhandelt. Der Bauinspektor Hermann Grieter wurde blutig gefoltert und bewußlos ins Gefängnis eingeliefert. Trotzdem wurde er im Gefängnis noch dreierlei mal mißhandelt, daß das Blut aus dem Kopfe bis zur Decke der Zelle spritzte. (!) Grieter ist an den Folgen der Mißhandlungen (Zertrümmerung der Schädelkapsel) am 27. Januar gestorben. Separatisten und Regie Die Separatisten haben eine größere Anzahl Leute der französischen Miliz entlassen. Ein Teil der Leute wurde bei der französischen Regiebahn eingeliefert, von der sie bei Anfang der separatistischen Aktion entlassen worden waren. Demnach wurde den Leuten von der Regiebahn die Entlassung angedroht, wenn sie nicht in die separatistische „Armee“ eintraten würden. Während bei der Wiedereinstellung der ausgewählten deutschen Eisenbahner der Reichsregierung die größten Schwierigkeiten zu überwinden werden, müssen natürlich die Schlichter der Franzosen unterdrückt werden, um sich gegebenenfalls wieder für eine spontane „Bewegung“ bereitzustellen.

Zur Ausländerfrage

Unser von übermäßigen Nachbarn bedrücktes und geschnittenes Volk findet begrifflichermaßen nur schwer den Weg zu der Erkenntnis, daß der pflichtgemäß behandelte Verkehr mit dem Auslande eine Lebensnotwendigkeit für unseren wirtschaftlichen Aufbau und daraus auch für unseren nationalen Aufstieg ist. Wir können gegen die ganze Welt im Kampfe, und wenn die Waage anderer Sprachen an unser Ohr dringen, dann sind nur wenige darunter, die auch im Kriege freundlich für uns klingen. Auf uns selbst gestellt, schließen wir uns innerlich gegen das Ausland ab; unter Gefühl wurde abgedreht durch den lässigen Einbruch, den in unserer politischen Geschichte ein gewisses Ausländerum ist uns herbeigeführt, und die Überzeugung gegen den „Ausländer“ gemeinhin war ein vorherrschender Grundzug deutscher Auffassung. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß eine verallgemeinernde Abneigung dieser Art unserm Lande und Volke die Zukunft verbauen könnte, weil wir zwangsläufig auf Weltwirtschaft angewiesen sind, denn Internationalität kann unsere 60 Millionen nicht ernähren. Nur durch einen mühevollen und klug genutzten Verkehr mit dem Auslande erwächst uns eine bessere Zeit. Der Reiseverkehr von Ausländern nach Deutschland, der beiden Volksteilen mittelbar oder unmittelbar Beschäftigung und Lebensunterhalt gibt, und dessen Erträge einen wichtigen Anteilsposten in der deutschen Zahlungsbilanz bilden, ist im letzten Jahre stetig und stark zurückgegangen. Berlin wies im Dezember 1913, also vor dem Kriege, eine Fremdenziffer von 18448 auf. Ungefähr dieselbe Zahl von Ausländern war im Dezember 1922 in Berlin anwesend, während die Frequenz im gleichen Monat des letzten Jahres gleich null war. Während 24114 Ausländer nach im Juli 1923 Berlin aufsuchten, sank der Besuch im November auf 3000, im Dezember völlig zu verschwinden. Auch in zahlreichen anderen Städten ist der Ausländerverkehr von Monat zu Monat geringer geworden. Dies erklärt sich einmal daraus, daß der Antriebe, nach Deutschland zu kommen, seinen dort billigen Lebenshaltung zu reinen, fortgeführten ist, indem allgemein die Goldmarkrechnung eingeführt wurde. Jetzt lebt der Ausländer hier vielfach teurer als in anderen Ländern. Aber abgesehen von dem Fortfall des politischen Antriebes sind es hauptsächlich zwei Gründe, welche die dauernde Wiederherstellung des normalen Ausländerverkehrs nach Deutschland verhindern. Aus der zu Anfang geschickten, dem Ausländerum an sich feindliche Stimmung und aus dem Streben, vom Ausländer einen Ausgleich für dessen in Deutschland sehr billige Lebenshaltung zu erzielen, hat eine Sonderbesteuerung eingeleitet, an der Reich, Staat und Gemeinde sich beteiligten. Insbesondere sind es die staatlichen und gemeindlichen Herbergssteuern auf den Aufenthalt, welche die Ausländer in Deutschland weit über die Preissteigerung und über die Preise anderer Reiseländer hinaus belastet haben. Neben einer ungewöhnlichen Reichsberbergssteuer auf die Hotelrechnung erheben die meisten Gemeinden besondere Umsatzzölle auf die Herbergssteuer in Höhe von 20-40 Prozent. Dabei wird die Reichsberbergssteuer auch noch von der Gemeindeberbergssteuer selbst erhoben, was einer weiteren Erhöhung der Reichssteuer um 2-4 Prozent gleichkommt. Die gesamte Belastung des Unlesers im Herbergssteuergesetze beträgt also infolge dieser Umsatzzölle zwischen 32-55 Prozent, und um diesen Betrag zu verteuern sich die Hotelpreise in Deutschland. Nun wird aber von dem Ausländer in vielen Städten nach einer besonderen Zulagelsteuer erhoben, und zwar in der doppelten Höhe der normalen Herbergssteuern. Der preussische Innenminister hat noch Anfang Dezember vorigen Jahres verordnet, daß eine Versteigerung der Herbergssteuern der Ausländer bis zum nächsten 1. Oktober der regelmäßigen Steuererhebung werden könne. Diese Sonderbesteuerung des Ausländers bei der Auslandsreise überaus ergiebig und intensio ausgeühten Stoff zur Agitation gegen den Verkehr nach Deutschland gegeben. Man muß insbesondere z. B. den Geschäftsmann des Amerikaners kennen, um zu verstehen, wie sehr er auf eine solche ungleichmäßige Behandlung reagiert. Neben dieser Sonderbelastung wirkt aber die Erhöhung der Einreise nach Deutschland außerordentlich hemmend auf den wünschenswerten Ausländerverkehr ein. Die verschiedenartige Handhabung der Einreisebestimmungen durch die einzelnen deutschen Länder und die Erhebung von Sondergebühren für den Aufenthalt der Ausländer in den einzelnen deutschen Staaten wirken überaus verzögernd. Die deutschen Einzelstaaten erheben für die Erteilung des sogenannten Ergänzungsovermerks Gebühren in Goldmark, die auf den Tag berechnet sind und in Sachsen sogar bis zu 3 Goldmark pro Tag gehen. Ganz abgesehen von den zur Erhebung gelangenden Gebühren durch die deutschen Auslandsvertretungen müssen diese staatlichen Sondersteuern den Ausländerverkehr nach Deutschland auf das Äußerste beeinträchtigen. Neben der Kostenfrage sind es gerade die „formalen Schwierigkeiten, die der Ausländer als unüberwindlich und „starr“ empfindet. Schon jetzt äußert sich diese Verzögerung in Bezug auf die dienstliche Fremdenpolizei, wie ich erlaube, in bezeichnender Weise. Während früher von ausländischen Reisebüros namentlich aus Amerika und England in dieser Zeit schon zahlreiche Anfragen und Bestellungen nach Deutschland kamen, ist zur Zeit die Nachfrage wie abgeschnitten. Aus den zu Anfang dieses Artikels dargelegten Gründen dürfte es dringend erforderlich sein, baldigt großzügige Maßnahmen, sowohl auf dem Gebiete des Reiseverkehrs als der Einreisebestimmungen, wie auch hinsichtlich der Fremdenpolizei zu ergreifen, um die dem wünschenswerten Ausländerverkehr bereitet Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Von anderen Ländern, so von Italien, der Schweiz, Frankreich und der Tschechoslowakei werden die stärksten Anstrengungen gemacht, um den Verkehr in diese Länder zu leiten. Deutschland wird, sofern es keine keine Praxis beibehält, vielfach für Jahre hinaus von dem Ausländerverkehr ausgeschlossen werden. Es ist zu hoffen, daß die insbesondere von der Leitung der Drohverlöße des deutschen Handels im auswärtigen Amt unterbreiteten Klagen baldigste Berücksichtigung finden.

Die Neuordnung der Reichspost

Reichsminister Dr. Hülle hat mit einem Vertreter der „Mannheimer Neuesten Nachrichten“ eine Unterredung über die Neuordnung der Reichspost. Die Posttrennung der Reichspost vom allgemeinen Reichshaushalt sei nicht zu aufzuschieben, als ob die Post ein Privatunternehmen würde. Bedacht ist finanzieller Hinsicht erfolgt eine Abtrennung. Auch in der Besatzungsfrage bleibt die Zusammenhang mit dem Reich. In der Spitze der Reichspost bleibt noch wie vor ein Minister. Andererseits wird die Post als ein vollständig wirtschaftliches Unternehmen betrachtet. Die Beschäftigung geht auf einen Verwaltungsvertrag über. Hinsichtlich der Verwaltungs- und Personalpolitik werden Bayern besondere Rechte eingeräumt. Der Haushalt des bayerischen Teiles der Post wird von der bayerischen Vermögensverwaltung verwaltet.

Sturm der Landwirte

auf das Landtagsgebäude eingedrungen. Gestern traf eine Deputation von Landwirten aus Sachsen ein. Für heute sind im Landtag 90 bis 100 Mann aus Pommern und Ostpreußen angemeldet worden. Es wird behauptet, daß es sich um eine vom Landbund organisierte „Bewegung“ des Landtags handle. Auch der „Vorwärts“ berichtet, daß der Landbund und die Deutschnationalen heute einen Delegationskurs nach kommunistischen Münster zu inszenieren beabsichtigen, um die Grundsteuer zu Fall zu bringen und damit die in Preußen immer noch lebende große Koalition zu sprengen.

Demokratische Helfer der Kommunisten

Der preussische Landtag haben die Demokraten gestern einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Besatzungssteuergesetzes zur Annahme verurteilt. Ihr Wortführer Dr. Busch verteilte sich auf den Geist der „Weimarer Verfassung“, die einen militärischen Ausnahmezustand nicht erlauben könne. Dr. Busch verlangte sogar die Vorlegung eines Ausführungsplanes bis in reichlichen Dingen unzulässige Mißbräuche feststellen werden müßte. Auch Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten stimmten nur noch ein Zentrumsmann für den Antrag. Es kann nämlich bezweifelt werden, ob die Haltung der demokratischen preussischen Landtagsfraktion in der demokratischen Partei allernächste Zustimmung finden wird. Die Stellung des Reichswehrministers Götler wird durch eine solche Demonstration in der demokratischen Partei der Sozialdemokraten und Kommunisten natürlich nicht gerade erleichtert.

Generalrat Ober wird Ende dieser Woche in München zu einer Kur zu reisen. Nach seiner Rückkehr dürfte zwischen ihm und dem bayerischen Ministerpräsidenten eine Besprechung stattfinden.

Die Reise der Sachverständigen nach Berlin

Eine „Glanzleistung“ der Regie
Berlin, 30. Jan. (Von unv. Bert. Büro.) Der Sonderzug...

Wie die „Zoll. Ztg.“ ebenfalls feststellt, sind im ganzen 46 Personen...

Die Reparationskommission
wählte gestern nachmittags einstimmig den französischen Delegierten...

Keine rheinische Goldnotenbank

Der „Rhein. Ztg.“ wird von beteiligter Seite folgende Mitteilung gemacht...

Das deutsche Beileid zum Untergang des „Dixmuiden“
Die Reichsregierung hat eine Anfrage der deutschnationalen Fraktion...

Deutschenansweisungen aus Polen
Das polnische Ministerium des Innern hat die Ausweisung von 160 reichsdeutschen Familien...

Philharmonischer Verein Mannheim
I. Kammermusikabend: zwei Sertette für Streichlasterne...

Zur Soziologie der Bohème
Der Bohème, d. h. dem begrifflich schwer zu umschreibenden...

Die Desorganisation im Regiebetrieb

Ueber die Zustände im Verkehrsamt der besetzten Gebiete liegt ein neuer Bericht vor...

Die Desorganisation im Regiebetrieb (cont.)
Nach dem letzten Juli- und August-Report...

Die Stabilisierung der polnischen Währung
In einem Vortrag des polnischen Ministerpräsidenten Grobalski...

Der englische Verkehrsstreik vor dem Ende
Berlin, 30. Jan. (Von unv. Bert. Büro.) Eine Londoner...

Keine Streikgefahr mehr
Ueber das Ergebnis der Abstimmung unter den Mitgliedern...

Deutsches Reich
Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei...

Letzte Meldungen
Nach keine Entscheidung um die 3. Steuernotverordnung...

Keine Streikgefahr mehr (cont.)
Ueber das Ergebnis der Abstimmung unter den Mitgliedern...

Die Auslandshilfe des Deutschen Roten Kreuzes

Im letzten Vierteljahr 1923 konnte das Deutsche Rote Kreuz...

Ehrhardt gegen Dutschersuche
Berlin, 30. Jan. (Von unv. Bert. Büro.) Wie dem „Solfanier“...

Der Abbau bei der Reichsbahn
Im Sparauschuss des Reichstags erklärte der Vertreter des...

Keine Streikgefahr mehr (cont.)
Ueber das Ergebnis der Abstimmung unter den Mitgliedern...

Deutsches Reich (cont.)
Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei...

Letzte Meldungen (cont.)
Nach keine Entscheidung um die 3. Steuernotverordnung...

Keine Streikgefahr mehr (cont.)
Ueber das Ergebnis der Abstimmung unter den Mitgliedern...

Deutsches Reich (cont.)
Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei...

Letzte Meldungen (cont.)
Nach keine Entscheidung um die 3. Steuernotverordnung...

Keine Streikgefahr mehr (cont.)
Ueber das Ergebnis der Abstimmung unter den Mitgliedern...

Deutsches Reich (cont.)
Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei...

Letzte Meldungen (cont.)
Nach keine Entscheidung um die 3. Steuernotverordnung...

Keine Streikgefahr mehr (cont.)
Ueber das Ergebnis der Abstimmung unter den Mitgliedern...

Deutsches Reich (cont.)
Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei...

Letzte Meldungen (cont.)
Nach keine Entscheidung um die 3. Steuernotverordnung...

Keine Streikgefahr mehr (cont.)
Ueber das Ergebnis der Abstimmung unter den Mitgliedern...

Deutsches Reich (cont.)
Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei...

Letzte Meldungen (cont.)
Nach keine Entscheidung um die 3. Steuernotverordnung...

Keine Streikgefahr mehr (cont.)
Ueber das Ergebnis der Abstimmung unter den Mitgliedern...

Deutsches Reich (cont.)
Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei...

Das Beste, das Billigste, Wäscherei Schorpp | Annahmestellen: N. 17 - U. 1, 9 - G. 5, 10 - S. 6, 8 Schwetzingenstr. 65 - Mittelstr. 54 Kropfenstr. 46 - Lindenhof: Fichelsheimerstr. 24 - Ludwigshafen: Prinzregentenstr. 17 - Neckarstr. 81

National-Theater Mannheim Mittwoch, den 30. Januar 1924. Miete D. Reihe 3, 6. Vorstellung. F.-V.-B. Nr. 2801-2900 u. 11691-11750 u. 13321 bis 13620, B.-V.-B. Nr. 6951-7100 u. 7601-7700. Titus Jux will er sich machen. Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten v. Johann Nestroy. Musik v. Adolf Müller. Inszeniert: Eugen Felber. Musik. Leit.: Werner v. Billow. Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 1/2 Uhr.

Neues Theater im Rosengarten Mittwoch, den 30. Januar 1924. F.-V.-B. Nr. 1-230 u. 1501-2000, B.-V.-B. Nr. 1-100 u. 681-800 u. 826-850 und 7051-7250. Alessandro Stradella. Romantische Oper in 3 Akten von W. Friedrich. Musik von F. von Flotow. Inszen.: Eug. Gebrath. Musik. Leitung: Paul Breisch. Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.

Bunter Abend im Nibelungensaal Sonntag, 3. Februar, abends 8 Uhr bei kleinen Preisen. HEDY PORSCHE die kleine Tanzgrösse 50. KAPPER-LANDORY in ihren beliebten Kostüm-Scenen. Karten v. 60 Pf. an im Rosengarten u. Verkehrsvereine.

Buffalo Bill kommt! Kommen den Freitag, 8 Uhr, beginnt in den 'Bühnenhäusern' ein neuer Privat-Tanzkurs (Einleitetkurs) in allen Tänzen modernster Tanzrichtung. Ludw. Pfirrmann, Tel. 3593.

Gelegenheitskäufe feinsten Luxus- u. Gebrauchs-Teppiche in vielen Größen, 531 echte Perser von seit. Kuriosität. Teppich-Haus Alfons Brym Elisabethstr. 1 am Friedrichsplatz. Tel. 4373.

Für das elegante Heim Vitrine mit eingebautem Flektromophon das Vornehmste in Sprechapparaten läuft elektrisch - geräuschlos stets gebrauchsfertig - unübertroffene Wiedergabe. 624 Spezial-Ausstellung K. Ferd. Heckel 0 3. 10 Kunststraße 0 3. 10

Die RADIO-APPARATE der seit 1919 bestehenden ANTENNA A.G. verbürgen infolge ihres langjährigen Erlebens höchste Präzision Beste Lautstärke Sofortige Lieferung General-Vertreter: Julius Jessel, Frankfurt am Main Elektro-Grosshandlung Tel.-Adr.: Elffeser, Weißbironenstr. 5 Tel. Hansa 9906 u. 9907 Einige Untervertretungen noch zu vergeben.

Motorrad-Nachtprüfungsfahrt Mannheim-Frankfurt I. Sieger im Gesamtklassement I. Sieger Klasse mit Beiwagen N. S. U. 8 PS 7. Preis Gesamtklassement 3 PS Ardie 110 8. " " " 8 " N. S. U. 10. " " " " 8 " " " Generalvertreter für N. S. U.-Wagen und Motorräder: Alois Islinger, Mannheim.

la. Benzin zu billigsten Preisen in jeder Menge Verkaufsstellen: 89 N 7, 7 u. Friedrichselderstr. 51 Wolf & Diefenbach

Der Graf von Monte Christo 10 Akte 4 6 8 Uhr Palast-Theater

APOLLO Internationales Variété und Kino in höchster Vollendung. Direktion: E. A. Dupont.

Eröffnung des neuen Hauses Samstag, den 2. Februar abends 8 Uhr: Fest-Vorstellung I. Teil: Die Internationale Artistenschau A. a. I. Svengali und Trilby Das ungelöste Rätsel des 20. Jahrhunderts!

II. Teil: Der erfolgreichste u. neueste amerik. Riesenfilm ! Rummelplatz des Lebens ! Ein Licht- und Schattenbild aus Wiens goldener und eiserner Zeit.

Die Premiere dieses Films findet im Mannheimer Apollo-Theater vor der Berliner Uraufführung statt. Eine vollständige Neuheit für Süddeutschland bildet das sensationelle Verflören der Filme nach amerikanischen Muster. Großes Sinfonie-Orchester - 30 Musiker

Das Dreigestirn 1 Henny Porten 2 Harry Liedtke 3 Werner Krauß in dem neuesten Gedächtnis in 8 Akten Der Kaufmann von Venedig ab Freitag 6156 Palast-Theater

Neu eingetroffen Odeon die beliebtesten und modernsten Tanzplatten. 625 K. Ferd. Heckel Abt. Sprechapparate 0 3. 10 Kunststraße 0 3. 10 Zigaretten-Fabrik Daga befindet sich jetzt F 6, 16

Über besüßigt sich an Englisch u. Französisch i. Zeitung u. Fortgelede pro Stunde 30 G. 1/2 Pf. Ang. u. B. M. 1924. n. 6116

UNION-Theater Heute und morgen im letztenmal um 4 1/2, 6 1/2 und 8 Uhr: 5115 Das vorzügliche Hauptprogramm! Jugendliche haben Zutritt! Kassenöffnung schon um 3 30 Uhr.

Das Dreigestirn 1 Henny Porten 2 Harry Liedtke 3 Werner Krauß in dem neuesten Gedächtnis in 8 Akten Der Kaufmann von Venedig ab Freitag 6156 Palast-Theater

Neu eingetroffen Odeon die beliebtesten und modernsten Tanzplatten. 625 K. Ferd. Heckel Abt. Sprechapparate 0 3. 10 Kunststraße 0 3. 10 Zigaretten-Fabrik Daga befindet sich jetzt F 6, 16

Über besüßigt sich an Englisch u. Französisch i. Zeitung u. Fortgelede pro Stunde 30 G. 1/2 Pf. Ang. u. B. M. 1924. n. 6116

Über besüßigt sich an Englisch u. Französisch i. Zeitung u. Fortgelede pro Stunde 30 G. 1/2 Pf. Ang. u. B. M. 1924. n. 6116

Wirten, Kantinen, Wiederverkäufern... Zigaretten... Zigarren... Hans Klauber T 4, 1 Telefon 6406 T 4, 1 Günstigste Bezugsquelle des Gastwirtsberufes.

P. Deuss - P 1.7 Waggonladung Cabliau ohne Kopf Pfund 50 Pfg. dt. Ausschnitt " 60 " Schellfisch, Merlan " 40 " Grüne Heringe " 30 " Täglich frische Räucherfische sowie alle Fischmarinaden Oelsardinen, Lachs usw.

Edelweiß-Oel-Gesellschaft m. b. H. 736 Reines Schweineschmalz Pfund 72 Pfg. Margarine Pfund 52 Pf. Helvetia-Pflaumen 2 Pfund-Doz 90 Pf. Holl. Kakao Pfund 1.- Gemüse-Nudeln . . Pfund 22 Pf. Kristall-Zucker . . Pfund 40 Pf. Grieb-Zucker . . . Pfund 42 Pf. Würfel-Zucker . . . Pfund 45 Pf. Salz 10 Pfund 35 Pf. Zichorien Pfund 25 Pf. Verkaufszeit: 1/2 9-12, 2-5

Miet-Gesuche Wohnungstausch! Gesucht: 5-7 Zimmer-Wohnung in guter Lage, mit Heizung bevorzugt. Geboten: 2 Zimmer mit Badzimmer, neu eingerichtet in ruhiger, gesund. Gegend, bevorzugt in ruhiger, gesund. Gegend. Angebots mit T. Z. 15 an die Geschäftsstelle d. Z.

gut möbliertes, gemütl. Zimmer Größeres Lokal oder ver-schließbare Halle als Lagerraum in Mannheim oder Umgebung m. d. h. mit Wasseranschluß oder in der Nähe einer Station gesucht. Angebote mit H. M. C. 168 an Ala-Hausenstein & Vogler, Mannheim.

nirgin Putzste Stiefel Merkste gleich Nirgin hält Das Leder weich